

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Horst Kubatschka, Holger Bartsch, Hans Gottfried Bernrath, Hans Büchler (Hof), Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Konrad Elmer, Lothar Fischer (Homburg), Dr. Peter Glotz, Ilse Janz, Susanne Kastner, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Uwe Lambinus, Robert Leidinger, Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Siegmars Mosdorf, Rudolf Müller (Schweinfurt), Dr. Helga Otto, Dr. Martin Pfaff, Otto Schily, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Renate Schmidt (Nürnberg), Ursula Schmidt (Aachen), Dr. Rudolf Schöffberger, Bodo Seidenthal, Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Ludwig Stiegler, Uta Titze, Günter Verheugen, Josef Vosen, Dr. Axel Wernitz, Hermann Wimmer (Neuötting), Dr. Hans de With, Verena Wohlleben, Hanna Wolf, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/1986 —

Deutsche Hilfeleistung für eine ökologische Energieversorgung in der ČSFR

Die ČSFR ist — nach Polen — das Land Europas mit den schwersten Umweltschäden, verursacht von industrieller Ballung und extrem belastender Energieerzeugung. Pro Kopf der Bevölkerung wird in der ČSFR der meiste Strom in ganz Europa konsumiert.

Alle in der ČSFR laufenden Kernkraftwerke weisen massive Sicherheitsdefizite auf, die weder beseitigt werden können noch durch umfassende Nachrüstmaßnahmen jemals westlichen Sicherheitsstandards entsprechen würden. Sie müßten eigentlich sofort abgeschaltet werden.

Es wird nicht verkannt, daß sich die ČSFR in einer schwierigen energiepolitischen Situation befindet. Die Bundesregierung muß sich jedoch in erster Linie dem Schutz der Gesundheit und des Lebens der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen verpflichtet fühlen, welche durch gravierende Sicherheitsmängel bei den Kernkraftwerken in der ČSFR als massiv gefährdet angesehen werden müssen.

1. Welche finanziellen, technischen oder personellen Maßnahmen zur Ertüchtigung der nichtnuklearen Energiewirtschaft in der ČSFR hält die Bundesregierung für notwendig?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft, Dr. Johann Eekhoff, vom 3. März 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich — in kleinerer Schrifttype — den Fragetext.

Die Energiewirtschaft in der ČSFR ist ähnlich der in den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern durch hohe Energieintensität, Konzentration auf heimische Energieträger – im Falle der ČSFR vor allem Braunkohle –, hohe Nettoimporte bei Öl, Gas und Elektrizität, dabei einseitige Abhängigkeit von Lieferungen aus der GUS – und kritische Umweltbelastung gekennzeichnet.

Für die zukünftige Sicherheit der Energieversorgung der ČSFR sowie für Ausmaß und Geschwindigkeit bei der notwendigen Verminderung der Umweltbelastungen wird entscheidend sein, in welchem Umfang die von der Regierung der ČSFR angestrebte Diversifizierung des Energie-Mix und der Bezugsquellen gelingt.

Darüber hinaus muß die hohe Energieintensität durch Maßnahmen für einen rationellen und sparsamen Energieeinsatz auf allen Stufen der Energieversorgung deutlich vermindert werden.

Im Ölsektor will die ČSFR die einseitige Abhängigkeit beim Rohölbezug abbauen, der etwa 20 Prozent des Primärenergieverbrauchs abdeckt. Zur Zeit werden zwei Pipeline-Projekte diskutiert, die einen Anschluß an die westeuropäische Transalpine Pipeline (TAL) vorsehen.

Im Elektrizitätssektor ist die ČSFR trotz vergleichsweise hoher Eigenkapazitäten zur Deckung des nach wie vor bestehenden Importbedarfs überwiegend auf Lieferungen aus dem osteuropäischen Verbundsystem angewiesen. Die Anbindung an das westliche UCPTE-Netz über dazu erforderliche Hochspannungsgleichstromübertragungskupplungen (HGÜ) ist bisher auf eine Verbindung mit Österreich beschränkt.

Gründe der Versorgungssicherheit und Flexibilität bei den notwendigen Strukturanpassungen im Elektrizitätssektor erfordern einen Ausbau der Anbindung an das westeuropäische Netz.

Der starke Einsatz von Kohle in Kraftwerken (60 Prozent der Stromproduktion – dabei überwiegend Braunkohle), verbunden mit überalterter Technik mit geringen Wirkungsgraden und fehlender nachgeschalteter Umwelttechnik (Rauchgasentschwefelung, Entstaubung), hat in der ČSFR zu einer bedrohlichen Emissionssituation und zur Bildung von untragbaren Immissions-schwerpunkten geführt. Dies hat in Nordböhmen bereits die Schließung kohlegefeuerter Kraftwerke mit einer Leistung von 750 MW und Leistungseinschränkungen von 776 MW erforderlich gemacht.

Die aus Umweltgründen notwendige Nachrüstung und energetische Ertüchtigung bestehender Kraftwerke sowie der Neubau von Ersatzkapazitäten mit hohen Wirkungsgraden werden in den nächsten Jahren einen erheblichen Kapitalbedarf entstehen lassen, der nur durch privatwirtschaftliches Engagement gedeckt werden kann. Hierfür muß die tschechoslowakische Regierung die notwendigen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Privatisierung setzen.

2. Welchen Energiebedarf hatte die ČSFR im vergangenen Winter, in diesem Sommer, und mit welchem Bedarf wird für das kommende Jahr gerechnet?

Die ČSFR hatte eine maximale Inanspruchnahme der Kraftwerksleistung von rund 13 800 MW im Winter 1990/91 und von rund 9 000 MW im Sommer 1991 (bei einer installierten Leistung von rund 19 400 MW). Beim Winterbedarf ist zu berücksichtigen, daß keine strengen Frostbedingungen vorlagen. Für 1992 ist kein höherer Leistungsbedarf zu erwarten, da eine weitere Reduzierung stromintensiver Produktion, eine weitere Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (1991 vorläufig – 9,0 Prozent, 1992 geschätzt – 2,0 Prozent) und das Greifen eingeleiteter Energiesparmaßnahmen erwartet werden können.

3. Welche Leistung könnte von nichtnuklearen Kraftwerken in der ČSFR bei voller Leistungsfähigkeit im derzeitigen Zustand und nach Ertüchtigung erbracht werden?

Die Leistungsfähigkeit der konventionellen Wärmekraftwerke (installierte Leistung rund 11 000 MW) ist, bedingt durch Überalterung, schlechtere Brennstoffqualität und zeitweise Einschränkungen wegen zu hoher Belastung der Umwelt, gemindert (Kraftwerksstillegungen in Nordböhmen). Von tschechoslowakischer Seite wird die eingeschränkte Leistungsverfügbarkeit der installierten Wärmekraftwerke auf etwa 5 000 MW geschätzt. Davon könnte nach Expertenaussagen ein Drittel durch Ertüchtigungsmaßnahmen wieder aktiviert werden. Zwei Drittel müßten durch Neubau, verbunden mit moderner Kraftwerks- und Umweltschutztechnologie, ersetzt werden.

4. In welchen Bereichen hat die Bundesregierung bzw. haben private Firmen oder die EG die Verbesserung der Energieversorgung in der ČSFR auf nichtnuklearer Basis vereinbart (zum Beispiel Brennstofflieferung, Energieeinsparung, Netzmanagement u. a.)?

Angesichts des enormen finanziellen Bedarfs der Umstrukturierung des Strom- und Energiesektors nicht nur in der ČSFR, sondern auch in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, einschließlich der GUS, können wirksame öffentliche Hilfsmaßnahmen nur im internationalen Rahmen erfolgen.

Dementsprechend hat sich die Bundesregierung bei ihren westlichen Partnern nachhaltig für entsprechende Hilfsprogramme, auch für die ČSFR, eingesetzt. Sowohl im PHARE-Hilfsprogramm der Gruppe 24 westlicher Industriestaaten und der EG (die Bundesrepublik Deutschland leistet hier mit 28 Prozent den größten finanziellen Beitrag) als auch im OECD-Programm „Partner des Übergangs“ ist die ČSFR, und hier speziell die Energiewirtschaft, als prioritärer Bereich eingestuft. Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris stellt auf Anforderung der Regierung der ČSFR ihre technische Beratungskapazität zur Verfügung. Zur Zeit wird eine eingehende Analyse der Energiewirtschaft der ČSFR vorbereitet, auf deren Grundlage notwendige Prioritäten gesetzt werden können.

Die OECD hat einen Beraterstab zu Privatisierungen in Mittel- und Osteuropa gegründet, der vorrangig der ČSFR, Ungarn und Polen bei der Privatisierung ihrer Wirtschaft helfen soll.

Über die Förderung der privatwirtschaftlichen Kooperation hinaus intensiviert die Bundesregierung bilateral die Informations- und Beratungsleistungen. Im Rahmen der Förderung von Consultingleistungen zur Vorbereitung und Begleitung von Pilotprojekten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat die Bundesregierung 1990/91 derartige Leistungen für die ČSFR im Umfang von rund 2,6 Mio. DM gefördert. Davon entfielen über 1,4 Mio. DM auf Consultingleistungen im Energiesektor.

Auf industrieller Ebene besteht seitens der Vereinigten Energiewerke AG (Verbundunternehmen in den neuen Bundesländern) eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen des osteuropäischen Stromverbundes. Dies betrifft sowohl den kurzfristigen Stromaustausch als auch längerfristige Stromlieferungen an die ČSFR.

Die Bayernwerk AG hat in den Jahren 1990 und 1991 eine Reihe von Kooperationsverträgen mit den tschechischen und slowakischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen abgeschlossen. Der Kooperationsvertrag mit der slowakischen Elektrizitätswirtschaft SEP beinhaltet eine umfangreiche Zusammenarbeit in allen Bereichen, insbesondere bei der Ausarbeitung von Unternehmenskonzeptionen.

Auch die Zusammenarbeit mit der tschechischen Elektrizitätswirtschaft CEZ zielt in allen Bereichen auf eine Anpassung des Unternehmens an das westeuropäische Niveau. Die Bayernwerk AG hat mit der CEZ die Errichtung einer Verbundleitung und einer HGÜ vereinbart, die den Stromaustausch zwischen den unterschiedlichen Netzen des west- und osteuropäischen Stromverbundes ermöglicht. Die HGÜ (Leistung 600 MW) soll Ende 1992 in Betrieb genommen werden.

Mit dieser Verbindung soll die umwelttechnische Nachrüstung und energetische Erhöhung der tschechischen Kraftwerke von der Versorgungsseite her abgesichert und den tschechischen Unternehmen mittelfristig die Möglichkeit der Erwirtschaftung von Devisen gegeben werden.

Die RWE Energie AG hat im Juli 1991 mit der tschechischen Elektrizitätswirtschaft CEZ einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Insgesamt acht Arbeitsgruppen haben noch im vergangenen Jahr mit dem Austausch von Know how begonnen.

Schwerpunkte der technischen Arbeitsgruppen sind der Betrieb von Kohlekraftwerken, der Ausbau des Versorgungsnetzes (Schaffung der Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft im westeuropäischen Stromverbund) und der verstärkte Einsatz der Datenverarbeitung. Wirtschaftlich-rechtliche Arbeitsgruppen befassen sich mit Fragen der Privatisierung und der Umstrukturierung der tschechischen Elektrizitätswirtschaft.

Der Erdgasbezug der Bundesrepublik Deutschland aus der GUS erfolgt über eine Transitleitung durch die ČSFR.

Der Transit ist durch ein Abkommen zwischen den Regierungen und durch Verträge zwischen den Unternehmen geregelt.

Das Leitungssystem der ČSFR ist an zwei Stellen (Sayda/Sachsen und Waidhaus/Bayern) mit dem deutschen und dadurch gleichzeitig mit dem westeuropäischen Gasnetz verbunden. Damit bestehen die technischen Voraussetzungen, daß im Bedarfsfall Gas aus Westeuropa bezogen werden kann.

Die deutsche Gaswirtschaft ist am Ausbau des ČSFR-Transitsystems interessiert, um zusätzliche Erdgasmengen aus der GUS beziehen zu können. Dabei ist nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, daß Erdgasverluste aus den Transportleitungen sowohl aus ökonomischen wie ökologischen (Treibhauseffekt) Gründen minimiert werden. Ferner verhandeln gegenwärtig deutsche Unternehmen über die Beteiligung an ČSFR-Unternehmen im Rahmen der Privatisierung der tschechoslowakischen Gaswirtschaft. So hat die Bayernwerk AG mit der tschechischen Gaswirtschaft und – gemeinsam mit der Thyssengas GmbH – mit der slowakischen Gaswirtschaft Rahmenvereinbarungen zur Zusammenarbeit unterzeichnet.

Die Deutsche Transalpine Ölleitung GmbH führt zur Zeit Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Seite über den Bau einer Rohölpipeline aus dem Raum Ingolstadt in die ČSFR mit einer Kapazität von etwa 10 Mio. t Jahresleistung. Dadurch würde die einseitige Abhängigkeit der ČSFR von Öllieferungen aus der GUS spürbar verringert.

5. In welchen Bereichen hat die Bundesregierung bzw. haben private Firmen oder die EG die Verbesserung der Energieversorgung in der ČSFR auf nuklearer Basis vereinbart?

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 30. Mai 1990 mit der tschechoslowakischen Atomenergiekommission ein Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamer Interessen im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz geschlossen.

Es wurde eine gemeinsame Kommission über Fragen der nuklearen Sicherheit gebildet, die sich mit folgenden Themenschwerpunkten befaßt:

- Sicherheit von Kernkraftwerken;
- Fragen der Ver- und Entsorgung einschließlich der Beseitigung radioaktiver Abfälle;
- radiologische Aspekte des Uranerzbergbaus und der Erzaufbereitung einschließlich der Altlasten.

Bei den Sicherheitsfragen von Kernkraftwerken stehen der Standard älterer Reaktoren, die Nachrüstung sowie künftige Konzepte im Vordergrund.

Auf privatwirtschaftlicher Ebene hat sich auch im nuklearen Bereich eine Zusammenarbeit von deutschen und tschechoslowakischen Unternehmen entwickelt. So hat die Siemens AG mit den

tschechoslowakischen Firmen Skoda Pilsen und Skoda Prag einen Vertrag über Zusammenarbeit abgeschlossen.

Die KWU wird auch die im Bau befindlichen Blöcke 3 und 4 des Kernkraftwerks Mochovce mit Leittechnik ausrüsten. Der Vertrag für die Blöcke 1 und 2 wurde bereits 1990 abgeschlossen.

Im Rahmen des PHARE-Hilfsprogramms der G 24 und der EG wurde im Oktober 1990 ein Umweltschutzprogramm für die ČSFR in Höhe von 30 Mio. ECU unter Einbeziehung von Aspekten der Reaktorsicherheit und der Beseitigung gefährlicher Abfälle und im November 1991 ein Regionalprogramm für nukleare Sicherheit in Höhe von 3,5 Mio. ECU beschlossen.

6. Was unternimmt die Bundesregierung, um der ČSFR beim Energiemanagement insgesamt und der Primärenergieversorgung durch konventionelle Energieträger im besonderen zur Sicherung einer umweltverträglichen Energieversorgung nach westeuropäischen Standards zu helfen?

Welche Bedeutung kommt der europäischen Energiecharta zu?

Im Rahmen der bilateralen Wirtschaftskommission wurde eine deutsch-tschechoslowakische Fachgruppe Energie eingerichtet, die aber aufgrund struktureller Veränderungen in der ČSFR bisher nicht tätig werden konnte. Die tschechoslowakische Seite muß die notwendigen nationalen Organisationsstrukturen schaffen, damit dieses Kontakt-, Beratungs- und Informationsgremium aktiviert werden kann. Die Bundesregierung wird weiterhin auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit in diesem Bereich hinwirken. In diesem Sinne hat der Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, beim Besuch des ČSFR-Wirtschaftsministers Dlouhy am 20. Juni 1991 in Bonn nochmals die deutsche Bereitschaft zu wirtschaftspolitischen Beratungen im Energiebereich unterstrichen.

Die ČSFR hat zusammen mit weiteren 44 Teilnehmern (einschließlich Europäische Gemeinschaft) am 16./17. Dezember 1991 in Den Haag die Europäische Energiecharta unterzeichnet. Die Charta bietet neue Chancen für eine mittel- und langfristige Ost-West-Zusammenarbeit auf dem Energiesektor. Als politisches Rahmenwerk bildet die Charta eine umfassende Basis für eine verstärkte Zusammenarbeit der Privatwirtschaft aller beteiligten Länder. Die politische Erklärung wird durch einzelne Abkommen umgesetzt werden. Die Verhandlungen über ein Grundsatzübereinkommen und die Protokolle zu den einzelnen Bereichen – wie Energieeffizienz einschließlich Umweltschutz, Kohlenwasserstoffe und Kernenergie einschließlich nuklearer Sicherheit – laufen derzeit.

7. Welche Projekte im Bereich der atomaren Sicherheit sowie im Bereich der nichtnuklearen Energieversorgung wurden seit 17. September 1990 aus der PHARE-Wirtschaftshilfe der Europäischen Gemeinschaft in der ČSFR gefördert?

(Im Rahmen der Fragen 4 und 5 bereits beantwortet.)

8. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zur Realisierung eines europäischen Stromverbundnetzes, um damit sicherzustellen, daß die Energieversorgungslücken, die bei der notwendigen Abschaltung sicherheitsgefährdender tschechoslowakischer Atomkraftwerke entstehen werden, in der ČSFR ausgefüllt werden?

Die Bundesregierung befürwortet alle Schritte, die einen Anschluß der ČSFR an das westeuropäische Stromverbundnetz ermöglichen. Allerdings müssen dafür erst die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Funktionsfähigkeit des UCPTE-Netzes nicht beeinträchtigt wird.

Die Fragen eines gesamteuropäischen Stromverbundes werden von verschiedenen europäischen Gremien intensiv untersucht. Die hauptsächlichen Aktivitäten und Kompetenzen liegen bei der Union für die Koordinierung der Erzeugung und des Transportes elektrischer Energie (UCPTE), in der sich die westeuropäischen Länder auf privatwirtschaftlicher Grundlage zum westeuropäischen Stromverbund zusammengeschlossen haben. Die bisher vorliegenden Zwischenergebnisse zeigen, daß eine umfangreiche, mehrere Jahre umfassende Modernisierung der Elektrizitätswirtschaft in den osteuropäischen Ländern erforderlich ist, um einen technisch unbedenklichen Zusammenschluß der Netze vornehmen zu können.

Neben entsprechenden Verbundleitungen sind umfangreiche technische Maßnahmen in den Kraftwerken und die Schaffung ausreichender Reservekapazitäten erforderlich. Diese Maßnahmen werden einen beträchtlichen Kapitalaufwand und viel Zeit erfordern.

9. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung im Hinblick auf die atomare Zusammenarbeit von Siemens/Skoda und Framatome zur Nachrüstung von Kernkraftwerken in der ČSFR vor?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß Siemens mit Skoda einen Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Energieanlagenbaus abgeschlossen hat (siehe hierzu Frage 5).

Neben den Aktivitäten im Bereich der konventionellen Energieerzeugung und -verteilung sowie der Umwelttechnologie liegt der Schwerpunkt der nuklearen Kooperation in der ČSFR bei der Nachrüstung von Kernkraftwerken mit moderner westlicher Leittechnik. Neben Siemens wird sich auch Framatome als Partner beteiligen.

